

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 4

Rubrik: Zeichen der Zeit : auf dem schlechtesten Weg zur drittbesten Lösung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Auf dem schlechtesten Weg zur drittbesten Lösung

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre erste Bundesrätin. Mit *Ruth Dreifuss* ist eine Gewerkschafterin gewählt worden, die linke und feministische Positionen ins Siebnergremium einbringen möchte. Mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten. Die Zuteilung des Innenministeriums an Frau Dreifuss ist jedenfalls ein guter Anfang. Die SP, die auch den Finanzminister stellt, war im Bundesrat noch nie mit zwei so schwergewichtigen Departementen vertreten. Das Resultat lässt sich also sehen. Für die SP. Von ausserhalb des Systems, von den Frauen, vom demokratischen Sozialismus her betrachtet, vermag das Resultat jedoch nicht zu befriedigen. Und es ist erst noch auf dem schlechtesten Weg zustande gekommen.

Opfer am Wegrand

Christiane Brunner hiess die offizielle Kandidatin von Vorstand und Fraktion der SP. Die Neuenburger Kantonalpartei hatte auch einen Mann portiert: den nach allen landesüblichen Massstäben «regimentsfähigen» Conseiller d'Etat *Francis Matthey*. Dieser machte nur wenig Stimmen in den Parteigremien und stand offiziell überhaupt nicht zur Wahl. Das verminderte seine Chancen aber nicht im geringsten. Im Gegenteil: Die sozialdemokratische Vertretung im Bundesrat wird von der parlamentarischen Mehrheit bestimmt – in schöner Regelmässigkeit gegen den Willen der SP, es sei denn diese entspreche in vorauseilendem Gehorsam schon bei der Nomination ihrer Kandidatinnen und Kandidaten dem bürgerlichen Anforderungsprofil.

Mattheys Chancen vergrösserten sich, als ein *wüstes Kesselreiben* gegen *Christiane Brunner* einsetzte. Ihr wurde vorgeworfen, sie habe für die Abschaffung der Armee gestimmt, vertrete die Fristenlösung usw. Der Katalog der Einwände war nicht eben überzeugend, da diese Positionen von der überwiegenden Mehrheit in der SP geteilt werden. Es gab unter der Oberfläche einer halbwegs rationalen Auseinandersetzung offenbar noch eine andere, den Akteuren der Kampagne vielleicht nicht bewusste Tiefendimension von Abwehr und Angst gegenüber einer emanzipierten Frau. Aber genau das, was an ihr störte, machte sie zur *Symbolfigur*: Zehntausende von Frauen erkannten sich wieder in der «anderen» Biographie von *Christiane Brunner*. Die Emotionen der «Überväter» wurden im Bewusstsein betroffener, selbst von Ausgrenzung geprägter Frauen zur Referenz für die Kandidatin.

Es kam, wie es nach der Berner Mechanik kommen musste. *Christiane Brunner* unterlag *Francis Matthey* am 3. März mit 108 gegen 130 Stimmen. Doch das für die bürgerlichen Königsmacher Unerwartete geschah: *Matthey* bat für sich und die Fraktion um eine Woche Bedenkzeit. Er wurde zum *tragischen Helden*, der unter dem Druck der Basis auf die Annahme der Wahl verzichten musste. *Francis Matthey* wäre diese unfreiwillige Märtyrerrolle erspart geblieben, hätte die SP von allem Anfang an signalisiert, dass ihr zweiter Sitz im Bundesrat nur von einer Frau besetzt werden dürfte.

Doch diese Klarstellung ohne Wenn und Aber erfolgte erst, als nach dem 3. März eine Grundwelle der Solidarität einsetzte.

Nicht für die SP, nicht für eine Frau im Bundesrat, sondern für *diese* Frau, für Christiane Brunner. Auf dem Zürcher Münsterhof z.B. feierten achttausend Frauen und Männer die engagierte Genfer Genossin. Unter ihnen auch bürgerliche Wählerinnen und Wähler. (Neben mir stand ein FDP-Mann, der allen, die es hören wollten, seine Empörung über die eigene Partei und Fraktion kundtat.) Am 10. März, als die Wahl wiederholt wurde, versammelten sich gar zehntausend Personen vor dem Bundeshaus.

Nach dem Verzicht von Francis Matthey legte der Parteivorstand der Fraktion nahe, an Christiane Brunner als einziger Kandidatin festzuhalten. Das Risiko eines nochmaligen Scheiterns schien der Fraktion jedoch zu gross, eine *Doppelkandidatur* der willkommene Ausweg aus der scheinbar verfahrenen Situation. Zusammen mit Christiane Brunner wurde Ruth Dreifuss nominiert. Die zweite Kandidatin solidarisierte sich sogleich mit der ersten und nannte sie ihre «politische Zwillingsschwester». Wer Ruth Dreifuss anstelle von Christiane Brunner wählte, musste sich daher den Vorwurf gefallen lassen, er folge nicht politischen Überlegungen. Das parlamentarische Männerreduit war demaskiert. Wenigstens das.

Die Fraktionspräsidentin vertrat zwar die Meinung, die Doppelkandidatur gestatte es der bürgerlichen Mehrheit nicht nur, das Gesicht zu wahren, sondern erleichtere ihr auch das Rückkommen auf die Wahl von Christiane Brunner. Die bürgerliche Mehrheit wahrte tatsächlich ihr Gesicht – und wählte im dritten Wahlgang Ruth Dreifuss mit 144 Stimmen.

Wie aber steht es um das *Gesicht der SP*? Einige scheinen sich einiges auf ihre Taktiererei einzubilden. Besser hätte doch alles nicht ausgehen können: Die SP hat in Francis Matthey einen Märtyrer, in Christiane Brunner eine Symbolfigur und in Ruth Dreifuss eine Bundesrätin. Der Wirklichkeit näher käme wohl das Verdikt über die Parteistrategen: Sie haben Francis Matthey durch falsche Signale in die Irre geführt, Christiane Brunner fallenlassen

und Ruth Dreifuss dem Makel bürgerlicher Akzeptanz ausgesetzt. Das war der schlechteste Weg zum begehrten Ziel.

Verspielte Würde

Das Resultat ist lange nicht so erfreulich, wie es auf den ersten Blick aussehen mag. Die SP hat mit der Doppelkandidatur Brunner/Dreifuss im Grunde nur die drittbeste Lösung gewählt. Besser wäre das Insistieren auf der Einerkandidatur Brunner gewesen. Die mittel- und längerfristig beste Lösung aber müsste heissen: SP in die Opposition und Rückkehr in die Regierung nur dank neuen Mehrheiten, jedenfalls nicht ohne Koalitionsvereinbarung mit sozialdemokratischer Handschrift.

Es ist nicht gut, zweite Wahl zu sein. Es ist auch nicht gut, wenn ein sozialdemokratisches Mitglied des Bundesrates seine Wahl nicht der eigenen Partei, sondern der *bürgerlichen Mehrheit* verdankt. So wie die Verhältnisse sind, braucht es zwar für jede Bundesratswahl eine bürgerliche Mehrheit. Hätte jedoch die SP-Fraktion auf der alleinigen Kandidatur von Christiane Brunner beharrt, wäre der Bürgerblock mit der Alternative konfrontiert worden, entweder den sozialdemokratischen Willen zu respektieren oder in Zukunft allein regieren zu müssen.

Würdelos war das *Kuschen der SP* vor der Mehrheit, die am 3. März Francis Matthey gewählt hatte. Diese Wahl war unannehmbar, nicht wegen des Gewählten, sondern wegen ihrer Begründung. Dass Christiane Brunner «wie eine Serviertochter» aussehe, ist als Vorwand für ihre angebliche Nichtwählbarkeit ungeheuerlich, beleidigend, frauenfeindlich. Nur schon aus diesem Grund hätte die SP an ihrer ersten Kandidatin festhalten müssen. Das wäre der Partei zwar als Missachtung des Parlaments angekreidet worden. Was aber hat das Parlament anderes verdient, wenn seine Mehrheit derart gegen die Gebote der Sachlichkeit, des Anstands, gegen die Würde dieser Frau verstösst?

Die alleinige Nomination von Christiane Brunner für die Wahlwiederholung hätte

für die SP gewiss das Risiko enthalten, den zweiten Bundesratssitz zu verlieren. So aber ging die Partei das viel grössere Risiko ein, Menschen und Grundsätze dem vermeintlichen Machterhalt zu opfern. Das Ende der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung wäre im übrigen keine Katastrophe gewesen, sondern hätte den längst fälligen Systemwechsel vorbereitet.

Fälliger Systemwechsel

Gewiss musste die SP dieses eine Mal alles unternehmen, um die Wahl ihrer Kandidatin durchzusetzen. Zum heutigen Zeitpunkt symbolisiert die Beteiligung der Frauen an der Landesregierung ein Stück *Emanzipation*, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Es wäre daher auch nicht der Moment gewesen, freiwillig aus dem Bundesrat auszuschneiden. Dennoch, die Stellung der SP als Juniorpartnerin des Bürgerblocks im Bundesrat ist heute so unannehmbar wie 1984, als sie das letztmal diskutiert wurde.

Wäre die Sozialdemokratie eine echte demokratische und sozialistische Alternative zum Bürgerblock, dann hätte die SP die Symbole einer Macht, die sie nicht hat, schon längst abgegeben oder gar nie übernommen. Insofern ist das krampfhaftes Festhalten an zwei Regierungssesseln unter bürgerlichem Patronat ein Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke.

Also SP in die Opposition? Gewiss nicht als Selbstzweck, sondern um glaubwürdig eine sozialistische, pazifistische und ökologische Politik zu praktizieren und für eine solche *Alternative* auch neue Mehrheiten zu gewinnen. Warum will denn eigentlich das Bürgertum die SP im Bundesrat haben, wenn nicht mit der Absicht, sie zu «mässigen», zu «disziplinieren»? Wird die SP unbequem, dann ist das politische Bürgertum auch nicht mehr bereit, sie an der Regierung zu dulden. 54 Stimmen für die Freisinnige Vreny Spoerry am 10. März signalisieren eine derartige Tendenzwende, wenn auch erst an den rechten Rändern der bürgerlichen Parteien. Eine SP, die dank bürgerlicher Hilfe im Bundes-

rat sitzt, kann jedenfalls nicht die Alternative sein, die unser Land heute braucht.

Die Befürchtung, dass eine Schweiz ohne die seit 1959 bestehende «Zauberformel» unregierbar sei, weil starke Oppositionskräfte die Instrumente der Referendumsdemokratie gegen parlamentarische Mehrheitsentscheidungen einsetzen könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. Aber gibt denn der Status quo nicht zu viel grösseren Befürchtungen Anlass? Wie steht es mit der *Legitimation* eines Parlaments, das seine Wahl nicht einmal mehr der Hälfte der stimmberechtigten Bevölkerung verdankt? Und kann das gegenwärtige System verhindern, dass sich die Regierungsparteien selbst in einer Oppositionsrolle gefallen, die das Land unregierbar macht? Erinnert sei an die SVP, die ihre Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei bei der EWR-Abstimmung mit Erfolg spielte und auch in der Asylpolitik – hoffentlich mit weniger Erfolg – spielen möchte. Die SP muss da weit mehr Rücksichten nehmen, wie z.B. die Stimmfreigabe bei der Armeeabschaffungsinitiative zeigte.

Zumindest sollte die SP sich auf keine «Zauberformel», nicht auf die bisherige und auch auf keine andere, mehr einlassen, welche die Richtlinien der Regierungspolitik und die personelle Zusammensetzung des Bundesrates mehr oder weniger dem Zufall überlässt. Es geht nicht ohne *Koalitionsvereinbarungen* über diese Fragen. Das sei unserem System fremd, wird gesagt. Doch die heutige Konkordanzdemokratie ist in der Verfassung auch nicht vorgesehen. Wie sich das Parlament freiwillig an die «Zauberformel» hält, so kann die regierende Mehrheit auch eine Koalitionsvereinbarung respektieren.

Das unwürdige Schauspiel, das am 3. und 10. März unter der Bundeskuppel stattgefunden hat, darf sich nicht wiederholen. Was an Vertrauen verspielt worden ist, kann die SP nur zurückgewinnen, wenn sie sich verändert und vor allem durch den Aufbruch der Frauen verändern lässt. Wie wär's mit Christiane Brunner als neuer Parteipräsidentin?